

Kirchenbeiträge in Gefahr: FPÖ fordert drastische Finanzreformen!

Der Artikel beleuchtet die aktuellen Koalitionsverhandlungen in Österreich, in denen die FPÖ die Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen und Spenden infrage stellt. Dies hätte weitreichende Auswirkungen auf die Kirchenfinanzierung und den Steuerausgleich für Millionen von Österreichern.

Österreich - Die Diskussion um die finanzielle Unterstützung der Kirchen in Österreich nimmt Fahrt auf, nachdem die FPÖ im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eine drastische Reduzierung der Absetzbarkeit von Spenden und Kirchenbeiträgen gefordert hat. Dies würde zu erheblichen finanziellen Einbußen für die katholische Kirche und ihre Mitglieder führen. Medienberichten zufolge könnte dies für die über 3,2 Millionen Beitragszahler in Österreich bedeuten, dass sie jährlich mehrere hundert Euro mehr zahlen müssen. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, wies in einem Interview mit dem Ö1-Mittagsjournal darauf hin, dass die geplanten Streichungen nicht nur gegen das Prinzip der Budgetkonsolidierung verstoßen, sondern auch den Erhalt von Kulturgut gefährden würden. Dabei betonte er, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden letztlich auch dem Staat zugutekommt, da dadurch der Druck auf staatliche Dienstleistungen abnimmt.

Kirchenfinanzierung im europäischen Vergleich

Der österreichische Kirchenbeitrag, ein Modell, das stark mit der

Geschichte des Landes verwoben ist, steht nicht allein in Europa da. Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften in verschiedenen europäischen Ländern variiert beträchtlich. So verfügen Religionsgemeinschaften über unterschiedliche Einkommensquellen, die von Mitgliedsbeiträgen über staatliche Finanzierung bis hin zu Spenden reichen. Wie **rechtundreligion.at** berichtete, zeigt ein umfassender Vergleich, dass die Kirchenfinanzierung in Europa in einem ständigen Wandel begriffen ist. Der Rückgang der Mitgliederzahlen und die sich verändernde Gesellschaft haben bereits zu einem signifikanten Rückgang der finanziellen Mittel geführt, was eine „Weiter so“-Mentalität praktisch unmöglich macht.

Die FPÖ sieht in der möglichen Kürzung der Steuerausgleiche ein wichtiges Sparpotenzial. Eine jährliche Einsparung von 155 Millionen Euro würde jedoch den Druck auf die Kirchen und ihre kulturellen Aufgaben massiv erhöhen. Die Bischofskonferenz warnt jedoch, dass eine solche Entscheidung nicht nur die Kirchen gefährdet, sondern auch weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft mit sich bringen könnte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • rechtundreligion.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at